

Niederschrift

**über die 3. Sitzung des
Kreistages**

am

Freitag, den 10.12.1999

Niederschrift

Vorbemerkungen

- | | |
|-----------------------------|---|
| 1. Sitzungsbeginn: | 14.40 Uhr |
| 2. Ende der Sitzung: | 19.00 Uhr |
| 3. Ort der Sitzung: | Kreisverwaltung Ahrweiler
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler |

Unter dem Vorsitz der Ersten Kreisbeigeordneten Ingrid Näkel-Surges nahmen an der Sitzung teil:

1. Adams, Gerhard, Sinzig (CDU)
2. Arzdorf, Werner, Niederzissen, (SPD)
3. Banze, Dirk, Sinzig-Löhndorf (SPD) - Fraktionsvorsitzender -
4. van Bebber, Ulrich, Remagen (F.D.P.) - Fraktionsvorsitzender -
5. Becker, Berthold, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
6. Bell, Johannes, Spessart (FWG)
7. Dr. Berbig, Michael, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
8. Boes, Hans, Bad Neuenahr-Ahrweiler (FWG)
9. Daleki, Horst, Weibern (SPD)
10. Deißler, Rolf, Bad Neuenahr-Ahrweiler (FWG) - Fraktionsvorsitzender -
11. Denn, Lorenz, Remagen (SPD)
12. Dinkelbach, Paul, Remagen (CDU)
13. Elsner, Petra, MdL, Grafschaft (SPD)
14. Ernst, Guido, MdL, Bad Breisig (CDU)
15. Fleischer, Werner, Sinzig (SPD)
16. Gieraths, Peter, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
17. Heiser, Hermann, Altenahr (CDU)
18. Hermann-Lersch, Gabriele, Bad Breisig (CDU)
- kommt während TOP 4 -
19. Jasper, Renate, Sinzig (SPD)
20. Koll, Sabrina, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
- geht während TOP 9 (vor Durchführung der Abstimmungen) -
21. Koll, Ursula, Bad Neuenahr-Ahrweiler (SPD)
- geht während TOP 9 (vor Durchführung der Abstimmungen) -
22. Lang, Bernd, Bad Breisig (SPD)
23. Langenhorst, Fritz, Bad Neuenahr-Ahrweiler (SPD)
- geht während TOP 9 (vor Durchführung der Abstimmungen) -
24. Löhr, Kurt, Adenau (CDU)
25. May, Karl-Heinz, Burgbrohl (CDU)
26. Meurer, Oswald, Eichenbach (CDU)
27. Reuland, Ute, Grafschaft (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
28. Ripoll, Christel, Brohl-Lützing (CDU)

29. Scheuer, Ilse, Oberzissen (CDU)
30. Schlagwein, Wolfgang, Bad Neuenahr-Ahrweiler (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
- Fraktionsvorsitzender -
31. Schmitz, Anneliese, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
32. Schneider, Michael, Grafschaft (CDU)
33. Schüller, Werner, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
34. Schwarzmann, Jürgen, Hönningen (CDU)
- kommt während TOP 5 -
35. Sebastian, Wilhelm Josef, MdB, Dernau (CDU)
- abwesend bei TOP 11 -
36. Graf von Spee, Roderich, Sinzig (F.D.P.)
37. Spitznagel, Eckehard, Sinzig (CDU)
- geht nach TOP 9 -
38. Steffens, Waltrud, Bad Breisig (CDU)
39. Sundheimer, Karl-Heinz, Kempenich (CDU) - Fraktionsvorsitzender -
40. Tempel, Willi, Dernau (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
41. Titz, Joachim, Remagen (CDU)
42. Weltken, Rudolf, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
43. Wirz, Walter, MdL, Adenau (CDU)
- abwesend bei TOP 8 -

die Kreisbeigeordneten:

1. Orthen, Guido, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
2. Hager, Charlotte, Sinzig (CDU)

die Dezernenten:

- Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Daniel
- Sozialoberamtsrat Kniel - stellvertretender Dezernent -
- Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Paffenholz

der Schriftführer:

- Oberamtsrat Moeren

ferner von der Verwaltung:

- Verwaltungsangestellte May
- Oberamtsrat Müller
- Kreisoberverwaltungsrat Reichling
- Amtsrat Seul

Entschuldigt fehlten:

die Mitglieder des Kreistages:

- Henzgen, Rolf, Bad Breisig (SPD)
- Klaesgen, Katharina, Schuld (CDU)
- Nei, Bernd, Grafchaft (parteilos, F.D.P.-Mitglied)

Niederschrift

Tagesordnung:

To.- Punkt	Beratungsgegenstand
	Öffentliche Sitzung
1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 29.10.1999
3	Erlass einer Satzung über die Erhebung von Gebühren nach fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlichen Vorschriften
4	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Besuch der Musikschule des Landkreises Ahrweiler
5	Einführung eines Gemeinschaftstarifes im Verkehrsverbund Rhein-Mosel (VRM)
6	Weiteres Vorgehen in den Vertragsverhandlungen mit der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK); neues Verkehrskonzept
7	Änderung der Förderungsrichtlinien des Kreisjugendamtes
8	Wirtschaftsplan 2000 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler
9	Haushaltsberatungen 2000; a) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2000 b) Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 1999 - 2003 c) Haushaltsplan 2000 der Gertrud-Pons-Stiftung
10	Wahl der ehrenamtlichen Beisitzerinnen und Beisitzer für den Ausschuss und die Kammer für Kriegsdienstverweigerung
11	Wahl eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes für die Verbandsversammlung des Sparkassen- und Giroverbandes Rheinland-Pfalz

Sitzung des Kreistages am 10.12.1999

12	Beantwortung von Anfragen nach § 18 der Geschäftsordnung
13	Einwohnerfragestunde

Öffentliche Sitzung

TO-Punkt	Beratungsgegenstand
----------	---------------------

1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
---	---

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Nach der Vorstellung von Herrn Regierungsangestellten Michael Kock, der in Vertretung von Frau Oberregierungsrätin Fischer ab dem 01.01.2000 die Aufgaben des Leitenden staatlichen Beamten in der Kreisverwaltung übernehmen wird, wies die Vorsitzende auf die für Mittwoch, den 02.02.2000, 17.00 Uhr, vorgesehene Sitzung des Kreistages zur Ernennung, Vereidigung und Amtseinführung der/s am 16.01.2000 neu zu wählenden Landrätin/Landrates hin und appellierte an die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und sich an der Wahl zu beteiligen.

Des weiteren informierte die Vorsitzende die Mitglieder des Kreistages über die Arbeitsaufnahme des Studien- und Informationszentrums „Gesundheit, Lebensqualität und Wein“ der Deutschen Weinakademie in Bad Neuenahr-Ahrweiler und richtete ihre Gratulationen an die zahlreichen Betriebe und Einzelpersonen im Kreis, die im Zusammenhang mit dem Weinbau und der Gastronomie in den vergangenen Wochen eine Vielzahl von Auszeichnungen und Ehrungen erhalten haben.

Außerdem setzte die Vorsitzende die Mitglieder des Kreistages über den Zuzug von verschiedenen Entwicklungshilfeorganisationen von Berlin nach Bonn in Kenntnis und machte auf die als Tischvorlagen vorliegenden Unterlagen aufmerksam.

Auf Vorschlag von Herrn Schneider (CDU) beschloss der Kreistag mit 41 Stimmen bei einer Enthaltung, die Beratung über die Änderung der Förderungsrichtlinien für das Kreisjugendamt auf einen späteren Zeitpunkt innerhalb der Sitzung zu verschieben und die Angelegenheit als neuen TOP 7 der Tagesordnung zu behandeln. Die Beratung der übrigen von dieser Änderung der Tagesordnung betroffenen Angelegenheiten wurde dementsprechend angepasst.

2	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 29.10.1999
---	---

Der Kreistag genehmigte einstimmig die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 29.10.1999 in der vorliegenden Fassung.

3	Erlass einer Satzung über die Erhebung von Gebühren nach fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlichen Vorschriften
---	--

Herr Boes (FWG) richtete die Bitte an die Verwaltung, den von ihm als Vorsitzendem des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau e. V. in dieser Angelegenheit an die Kreisverwaltung übersandten Fragenkatalog, insbesondere in Bezug auf die Frage der Privatisierung der Fleischbeschau, zu überprüfen und die Thematik erneut dem Kreistag zur Beratung vorzulegen.

Herr van Bebber (F.D.P.) hielt ebenfalls eine erneute Diskussion der unterschiedlichen Möglichkeiten zur Durchführung der Fleischbeschau im Kreistag in absehbarer Zeit für notwendig.

Der Kreistag beschloss einstimmig die dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren nach fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlichen Vorschriften (Fleischhygiene-Gebührensatzung).

4	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Besuch der Musikschule des Landkreises Ahrweiler
---	--

Herr Ernst (CDU) unterstrich die Bedeutung der Kreismusikschule und erwartete von dieser Bemühungen, in Bezug auf eine mögliche finanzielle Unterstützung auch das Interesse neuer Partner wie z.B. Musikinstrumentenhersteller, Krankenkassen und Banken zu wecken.

Nach einer weiteren Wortmeldung von Herrn Banze (SPD) beschloss der Kreistag einstimmig die dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügte Satzung zur 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Besuch der Musikschule.

5	Einführung eines Gemeinschaftstarifes im Verkehrsverbund Rhein-Mosel (VRM)
---	--

Herr Banze (SPD) bat darum, dem Kreis- und Umweltausschuss die Ermächtigung zu erteilen, in seiner für Januar 2000 vorgesehenen Sitzung eine abschließende Entscheidung in Bezug auf die Einführung eines Gemeinschaftstarifes im Verkehrsverbund Rhein-Mosel zu treffen. Zu dieser Sitzung sollte auch Herr Pauly, Geschäftsführer des Verkehrsverbundes Rhein-Mosel, eingeladen werden.

Nach weiteren Wortmeldungen von Herrn Schlagwein (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Herrn van Bebber (F.D.P.) fasste der Kreistag einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Entscheidung über die Einführung eines Gemeinschaftstarifes im Verkehrsverbund Rhein-Mosel wird vertagt.

Begründung:

Der Landkreis Ahrweiler ist grundsätzlich bereit, einem Gemeinschaftstarif im Verkehrsverbund Rhein-Mosel beizutreten.

Die Zustimmung ist allerdings mit dem Finanzierungsvorbehalt hinsichtlich der Höhe des Gesellschafterbeitrages und der den Kreis ebenfalls belastenden Investitionsaufwendungen für die erforderliche Hard- und Softwareaufrüstung der Abfertigungstechnik verbunden.

Darüber hinaus werden folgende Nachbesserungen vorausgesetzt:

- Die Situation des Landkreises Ahrweiler als „Randkreis“ zum Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) muss eine angemessene Berücksichtigung bei der Festsetzung des Gesellschafterbeitrages finden, insbesondere die finanzielle Belastung durch den bereits vorhandenen Übergangstarif VRS/Ahr.
- Überproportionale Preissprünge/Preiserhöhungen in den Tarifen, insbesondere bei Einzelfahrscheinen, sind zu vermeiden.
- Die finanzielle Beteiligung des Landes Rheinland-Pfalz in Höhe von 50% an den Durchtarifizierungs- und Tarifharmonisierungsverlusten muss auf Dauer verbindlich gesichert sein.
- Innerhalb des Verbundgebietes soll die Anerkennung der BahnCard der Deutschen Bahn AG gewährleistet sein.
- Die VRM-Geschäftsstelle soll einen Bericht vorlegen, der Auskunft über eine flächendeckende Informations- und Verkaufsstrategie gibt.

Von der VRM-Geschäftsstelle sollen alle Möglichkeiten untersucht werden, um die vorgenannten Verbesserungen zu erzielen.

Die Verwaltung wird beauftragt, dies der VRM-Geschäftsstelle entsprechend mitzuteilen.

Die endgültige Beschlussfassung wird gegebenenfalls (aus Termingründen) auf den Kreis- und Umweltausschuss übertragen.

6	Weiteres Vorgehen in den Vertragsverhandlungen mit der Regionalverkehrs Köln GmbH (RVK); neues Verkehrskonzept
---	---

Der Kreistag stimmte einstimmig ohne Aussprache dem mit Schreiben vom 25.11.99 vorgelegten Angebot der Regio-Bus-Rheinland GmbH (RBR), das dieser Niederschrift als Anlage 3 beigelegt ist, unter folgenden Bedingungen zu:

1. Der Ausgleichsbetrag in Höhe von 1,5 Mio. DM stellt einen Festpreis für sämtliche zu erbringende Fahrleistungen, die dem Leistungspaket der Variante 4 entsprechen dar, d.h.
 - > Beibehaltung des bisherigen Fahrtenangebotes unter Einsatz von Taxibussen bei nicht oder nur gering besetzten Fahrten,
 - > generelle Neustrukturierung der Fahrtenangebote mit Bussen und Taxibussen dahingehend, dass im RBR-Bedienungsgebiet auf allen Linien bzw. Strecken-

- abschnitten in den Haupt- und Nebenverkehrszeiten (nahezu) alle 60 Minuten Fahrtenangebote offeriert werden,
 > entsprechend dem Schreiben der RVK vom 26.08.99 („Optimierungsmodell“).
2. In den Schulferien sowie an Wochenenden und Feiertagen ist das bisherige Verkehrsangebot, gegebenenfalls unter Einsatz von Taxibussen, aufrecht zu erhalten.
 3. Die RBR verpflichtet sich, auch weiterhin die Daten zur Entwicklung der Beförderungsfälle vorzulegen.

Die endgültige Beschlussfassung wird gegebenenfalls (aus Termingründen) auf den Kreis- und Umweltausschuss übertragen.

7	Änderung der Förderungsrichtlinien des Kreisjugendamtes
---	---

Herr Fleischer beantragte für die SPD-Fraktion, die Kreisförderung bei Freizeitmaßnahmen, Ferienprogrammen sowie Kinder-, Jugend- und Stadtranderholungsmaßnahmen auf 2,75 DM je Tag und Teilnehmer/in zu erhöhen und die Förderungsrichtlinien entsprechend anzupassen.

Herr Schwarzmann (CDU) erklärte, dass seitens der CDU-Fraktion eine Erhöhung der Förderung auf 2,50 DM entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung als angemessen erachtet wird.

Herr van Bebber (F.D.P.), der sich dieser Ansicht anschloss, regte an, in einer der nächsten Sitzungen die Frage der Transparenz der Qualität und der Kosten der Kindertagesstätten im Kreis anzusprechen.

Herr Banze (SPD) erinnerte an den im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen vom Kreistag an die Verwaltung und den Jugendhilfeausschuss erteilten Auftrag, einen Vorschlag für eine Änderung der Richtlinien in Bezug auf eine Erhöhung der Tagessätze zur Förderung von Jugendfreizeiten vorzulegen.

Der Kreistag lehnte mit 31 Stimmen bei 13 Gegenstimmen den Antrag der SPD-Fraktion auf Erhöhung der Kreisförderung bei Freizeitmaßnahmen, Ferienprogrammen sowie Kinder-, Jugend- und Stadtranderholungsmaßnahmen auf 2,75 DM je Tag und Teilnehmer/in ab und beschloss mit 43 Stimmen bei einer Enthaltung den Teil A der Förderungsrichtlinien in der vorliegenden überarbeiteten Fassung.

Des weiteren beschloss der Kreistag mit 43 Stimmen bei einer Enthaltung den Teil B der Förderungsrichtlinien ebenfalls in der vorliegenden überarbeiteten Fassung.

Die geänderten Förderungsrichtlinien (Teil A und B) liegen dieser Niederschrift als Anlage 4 bei.

8	Wirtschaftsplan 2000 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler
---	---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Löhr (CDU), Herr Bell (FWG), Herr Langenhorst (SPD) und Herr Tempel (Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

Herr Bell gab für die FWG-Fraktion ausdrücklich zu Protokoll, dass die unter der Konto-Nummer 023 600 (Seite 39) im Wirtschaftsplan veranschlagten Mittel in Höhe von 120.000,00 DM für den Erwerb von Grundstücken zur Waldrandstabilisierung und Arrondierung des Abfallwirtschaftszentrums „Auf dem Scheid“ ausschließlich für den Ankauf von Grundstücken verwandt werden dürfen, die der im Zusammenhang mit der Errichtung des Abfallwirtschaftszentrums stehenden Aufforstung dienen. Insbesondere dürfe mit diesen Mitteln kein Grundstückserwerb für das Anlegen von Deponieflächen finanziert werden.

Herr Langenhorst schloss sich für die SPD-Fraktion dieser Haltung an und gab zusätzlich zu Protokoll, dass die weiteren Mittel nur für die im Vermögensplan festgelegten Zwecke zu verwenden sind.

Im Anschluss beschloss der Kreistag einstimmig den Wirtschaftsplan 2000 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler in der vorliegenden Fassung.

9	Haushaltsberatungen 2000; a) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2000 b) Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 1999 - 2003 c) Haushaltsplan 2000 der Gertrud-Pons-Stiftung
---	--

Die Vorsitzende nahm zum Haushalt 2000 Stellung.

An der sich anschließenden Aussprache beteiligten sich Herr Sundheimer (CDU), Frau Elsner (SPD), Herr Schlagwein (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Herr Deißler (FWG), Herr van Bebber (F.D.P.), Herr Denn (SPD), Herr Boes (FWG), Herr Heiser (CDU), Herr Sebastian (CDU), Herr Weltken (CDU), Herr Banze (SPD), Graf von Spee (F.D.P.) und Herr Bell (FWG). Hierbei wurden auch die Anträge zu Änderung des Haushaltsplanentwurfes gestellt, über die der Kreistag jeweils einen Beschluss fasste.

Herr Sundheimer (CDU) regte an, die im Haushaltsentwurf auf die Einzelpläne 4 und 5 aufgeteilte Landeszuweisung nach dem Landesgesetz für psychisch kranke Personen (PsychKG) im nächsten Haushalt wieder zu einem Betrag unter einer Haushaltsstelle zusammenzufassen.

Des weiteren bat er die Verwaltung, zu prüfen, inwieweit die Erstellung einer Prognose der Entwicklung der Schülerzahlen an den in Kreisträgerschaft befindlichen Schulen - gegebenenfalls durch verwaltungsinterne Organisation - beschleunigt werden kann. Außerdem wies er darauf hin, dass spätestens bei der anstehenden Kreisstraßenbereisung eine Information über den Verfahrensstand bezüglich der für das kommende Jahr geplanten Straßenbaumaßnahmen erwartet wird.

Im Zusammenhang mit dem Antrag ihrer Fraktion, die Kreisumlage um 0,5 Prozent auf 34 Prozent zu senken, forderte Frau Elsner (SPD) die Bürgermeister im Landkreis nachdrücklich auf, ihre Sparmaßnahmen in Bezug auf die Haushalte der kreisangehörigen Kommunen weiter zu verstärken.

Des weiteren regte sie an, im ersten Halbjahr des Jahres 2000 einen Schulentwicklungsplan zu erstellen und die ermittelten Daten schnellstmöglich den Fraktionen des Kreistages vorzulegen.

Frau Elsner vertrat für die SPD-Fraktion die Ansicht, dass eine eigene Wirtschaftsförderung für den Kreis notwendig sei, die nicht nur die vorhandenen Gewerbeflächen vermarkten, sondern auch zur Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen beitragen sollte und hielt im Hinblick auf die Einführung des Neuen Steuerungsmodells weitere Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz der Verwaltung für erforderlich.

Herr Schlagwein (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) regte an, bei der Anfertigung von Schülerprognosen nicht nur die demographischen, sondern auch den auf Zuwanderungen beruhenden Anstieg der Schülerzahlen zu berücksichtigen. Des weiteren hielt er eine Überprüfung der im Rahmen des Projektes „Arbeit statt Sozialhilfe“ angebotenen Maßnahmen in Bezug auf ihre Zielrichtung und ihre adressatengerechte Ausgestaltung für sinnvoll.

Herr Deißler (FWG) hielt es für angebracht, auch weiterhin alle Verantwortlichen auf den Gebieten Wirtschaft, Kur und Fremdenverkehr im regionalen und überregionalen Bereich zu einer noch intensiveren Zusammenarbeit aufzufordern und die derzeit bestehenden Strukturen auf eine ausreichende Zukunftsperspektive hin zu überprüfen.

Herr van Bebber (F.D.P.) bat die Verwaltung, darauf zu achten, im Bereich der Planung und Weiterentwicklung der elektronischen Datenverarbeitung in der Kreisverwaltung - soweit möglich - verstärkt auf externes Fachwissen professioneller Firmen aus dem Kreis Ahrweiler durch entsprechende Auftragsvergaben zurückzugreifen.

Im Anschluss wurde über die Einzelanträge der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf wie folgt abgestimmt:

1. Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen, die unter der Haushaltsstelle 0000.6611 (S. 26) veranschlagten Zuschüsse an die Fraktionen um 34.000,00 DM auf 54.000,00 DM zu erhöhen = mit 40 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen
2. Antrag der SPD-Fraktion, die Mittel zur Gewährung von Leistungszulagen (HhSt. 0200.4141, Seite 29) um 60.399,00 DM auf 45.000,00 DM zu reduzieren = mit 29 Stimmen bei 10 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt
3. Antrag der CDU-Fraktion, bei Haushaltsstelle 0200.4141 (Seite 29) den Haushaltsansatz um 40.399,00 DM auf 65.000,00 DM zu verringern und einen Teilbetrag von 50.000,00 DM zu sperren, der vom Kreis- und Umweltausschuss nach Vorlage eines Konzeptes zur Verteilung der Leistungsprämien freigegeben werden kann = einstimmig angenommen
4. Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion zu der Haushaltsstelle 0241.4010 (Seite 34), dem Antrag des Ausländerbeirates des Kreises auf Erhöhung des Gesamtbetrages der für ihn bereitzustellenden Mittel

- um 5.000,00 DM auf 15.000,00 DM mit der Maßgabe zu entsprechen, dass für die Kosten des Ausländerbeirates 8.000,00 DM und in einer neu einzurichtenden Haushaltsstelle für die Durchführung eines multikulturellen Festes des Ausländerbeirates 7.000,00 DM bereitgestellt werden = einstimmig angenommen
5. Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bei der Haushaltsstelle 2000.6382 (Seite 58) für die Gewährung von Prämien für einen Umweltwettbewerb im schulischen Bereich wie in den Vorjahren 3.000,00 DM zur Verfügung zu stellen = einstimmig angenommen
6. Antrag der CDU-Fraktion, zur Abdeckung der Mehrkosten, die durch die Nutzung des Internets durch die Schüler der Schulen in Trägerschaft des Landkreises Ahrweiler sowie der Realschule Remagen und Adenau entstehen, bei den Geschäftsausgaben für Telefongebühren zusätzlich bei
den Gymnasien je 1.200,00 DM,
den Realschulen je 1.000,00 DM und
den Sonderschulen je 500,00 DM
bereitzustellen = einstimmig angenommen
7. Antrag der SPD-Fraktion, den Ansatz für die Bezuschussung von Jugendfreizeiten bei der Haushaltsstelle 4512.7000 (Seite 114) um 15.000,00 DM auf 105.000,00 DM zu erhöhen, um die Förderung der Jugendfreizeiten auf 2,75 DM pro Teilnehmer anheben zu können = mit 30 Stimmen bei 11 Gegenstimmen abgelehnt
8. Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Erhöhung des Zuschusses für den Jugendhilfeverein (HhSt. 4521.7000, Seite 117) um 5.250,00 DM auf 60.000,00 DM = mit 29 Stimmen bei 12 Gegenstimmen abgelehnt
9. Antrag der SPD-Fraktion, in den Haushalt einen Mittelansatz in Höhe von 5.000,00 DM für die Durchführung von Maßnahmen einzustellen, um Jugendliche an der parlamentarischen Demokratie zu beteiligen = mit 28 Stimmen bei 10 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt
10. Antrag der FWG-Fraktion auf Erhöhung des Ansatzes bei der Haushaltsstelle 7810.7170 (Seite 161) zur Förderung von Landwirtschaft und Weinbau um 10.000,00 DM auf 70.000,00 DM = mit 33 Stimmen bei 6 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt
11. Antrag der F.D.P.-Fraktion, den Ansatz bei Haushaltsstelle 7900.7000 (Zuschuss an Fremdenverkehrsorganisation, Seite 163) um 30.000,00 DM auf 707.430,00 DM zu erhöhen und diese zusätzlichen Mittel für einen einmaligen zweckgebundenen Zuschuss an den Touristik-Service Ahr, Rhein, Eifel e.V. (TOUR) zur Vergabe einer Studie zum Thema „Tourismus für behinderte Menschen im Kreis Ahrweiler; Marktanalyse, Potentiale, Hemmnisse, Handlungsbedarf, Angebotsplanung, Öffentlichkeitsarbeit“ zu verwenden = mit 33 Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.
Über den Antrag der F.D.P.-Fraktion, zur Gegenfinanzierung der vorgenannten Mittelbereitstellung einen entsprechenden Anteil der im Kämmereivermögen

befindlichen RWE-Aktien zu veräußern, brauchte damit nicht mehr abgestimmt zu werden.

12. Antrag der F.D.P.-Fraktion, die Verwaltung zu beauftragen, bis Mitte des nächsten Jahres ein - insbesondere die steuerlichen Fragen behandelndes - mehrjähriges Konzept zu erarbeiten, wie das RWE-Aktienvermögen sukzessive für investive Projekte nutzbar gemacht werden kann = mit 38 Stimmen bei 2 Gegenstimmen und einer Enthaltung abgelehnt
13. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Erhöhung des Ansatzes bei der Haushaltsstelle 7920.6511 (Seite 165) um 50.000,00 DM auf 150.000,00 DM zur Erstellung eines Nahverkehrsplanes unter Mitarbeit eines externen Fachbüros = mit 29 Stimmen bei 10 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt
14. Antrag der SPD-Fraktion, die Kreisumlage um 0,5 Prozent auf 34 Prozent zu senken und die Mindereinnahmen bei der Haushaltsstelle 9000.0720 (Kreisumlage, Seite 174) in Höhe von 745.610,00 DM aus dem Überschuss des Verwaltungshaushaltes in Höhe von ca. 340.000,00 DM und einer Erhöhung des Ansatzes bei der Haushaltsstelle 9000.0240 (Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer, Seite 174) auszugleichen = mit 31 Stimmen bei 10 Gegenstimmen abgelehnt
15. Antrag der FWG-Fraktion, die Ausgaben für den Umbau der Kfz-Zulassungsstelle in Höhe von 380.000,00 DM (HhSt. 0200.9401, Seite 178) zurückzustellen und vor einem entsprechenden Umbau zu überprüfen, ob eine wohnortnahe Durchführung der Aufgaben der Kfz-Zulassung möglich ist = mit 35 Stimmen bei 3 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt
16. Antrag der F.D.P.-Fraktion auf Verdopplung des Ansatzes für den Ausbau des Radwegenetzes (HhSt. 5900.9820, Seite 212) von 18.000,00 DM auf 36.000,00 DM = mit 30 Stimmen bei 8 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt
Über den Antrag der F.D.P.-Fraktion, zur Gegenfinanzierung der vorgenannten Mittelbereitstellung die Bewirtschaftungskosten bei der Berufsbildenden Schule, dem Are-Gymnasium, dem Peter-Joerres-Gymnasium, dem Erich-Klausener-Gymnasium und dem Rhein-Gymnasium auf der Basis der ermäßigten Stromkosten um insgesamt 30.000,00 DM anteilmäßig zu kürzen, war damit nicht mehr abzustimmen.
17. Antrag der F.D.P.-Fraktion, im Stellenplan die Stellenzahl im Haushalt 2000 für den Rest der Wahlperiode des Kreistages als Obergrenze festzuschreiben und bei der Übertragung zusätzlicher Aufgaben von Bundes- oder Landesebene auf den Kreis diesen Beschluss erneut zur Diskussion zu stellen = mit 39 Stimmen bei 2 Gegenstimmen abgelehnt
18. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Verwaltung im Rahmen der Neuen Steuerungsmodelle zu beauftragen, für die zukünftigen Haushaltspläne (Produkthaushalte) ein wirksames Controlling für den Energie- und Wasserverbrauch der kreiseigenen Gebäude auf der Basis von Kennzahlen und Zielvorgaben zu entwickeln = einstimmig angenommen

Abstimmung zum Gesamthaushalt:

a) Der Kreistag beschloss mit 29 Stimmen bei 11 Gegenstimmen und einer Enthaltung unter Einbeziehung der zuvor beschlossenen Änderungen

die Haushaltssatzung des Landkreises Ahrweiler für das Haushaltsjahr 2000 wie folgt:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2000 wird
im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	156.576.240,00 DM,
in der Ausgabe auf	156.576.240,00 DM,

im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf	23.014.696,00 DM,
in der Ausgabe auf	23.014.696,00 DM

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite auf	11.580.827,00 DM,
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	16.696.321,00 DM,
3. der Gesamtbetrag der Kassenkredite auf	
15.000.000,00 DM.	

§ 3

Für den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft werden in dem Wirtschaftsplan festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite auf	13.868.928,00 DM,
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	1.760.000,00 DM,
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	2.000.000,00 DM.

§ 4

Die Kreisumlage, die der Landkreis nach § 58 Abs. 3 der Landkreisordnung von den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden erhebt, wird festgesetzt auf: 34,5 v.H. der auf die vorgenannten Gebietskörperschaften entfallenden Umlagegrundlagen nach §§ 21 Abs. 4, 22 des Finanzausgleichsgesetzes.

Sie ist mit je einem Viertel ihres Jahresbetrages am 15.2., 15.5., 15.8. und 15.11. des Haushaltsjahres fällig.

Nachrichtlich:

Umlagesoll 2000 = 51.447.080,00 DM

Umlagesoll 1999 = 49.146.724,00 DM

§ 5

Die nach der Landesverordnung zur Durchführung der §§ 27 und 42a des Bundesbesoldungsgesetzes zu zahlenden Leistungsprämien und Leistungszulagen werden auf 65.000,00 DM festgesetzt.

Hiervon entfällt ein Anteil von 36.220,00 DM auf Angestellte und Arbeiter.

b) Der Kreistag beschloss einstimmig

das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 1999 bis 2003

in der von der Verwaltung dem Haushaltsplanentwurf beigelegten Fassung.
Der Kreistag nimmt den Finanzplan für den gleichen Zeitraum zur Kenntnis.

c) Der Kreistag beschloss bei einer Stimmenthaltung

den Haushaltsplan 2000 der Gertrud-Pons-Stiftung

in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

10	Wahl der ehrenamtlichen Beisitzerinnen und Beisitzer für den Ausschuss und die Kammer für Kriegsdienstverweigerung
----	--

Der Kreistag beschloss einstimmig die Durchführung der beiden Wahlen in offener Abstimmung.

Aufgrund eines gemeinsamen Vorschlages der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion wählte der Kreistag einstimmig folgende Personen zu Beisitzerinnen und Beisitzern für den Ausschuss für Kriegsdienstverweigerung:

1. Bach, Gabi, Graftschaft
2. Bender, Edith, Bad Neuenahr-Ahrweiler
3. Blüher, Jürgen, Remagen
4. Efferz, Hermann-Josef, Remagen

5. Groß, Elisabeth, Sinzig
6. Schmitz, Anneliese, Bad Neuenahr-Ahrweiler
7. Schnitker, Friedhelm, Brohl-Lützing
8. Zetsche, Peter, Dernau

Ebenfalls aufgrund eines gemeinsamen Vorschlages der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion wählte der Kreistag einstimmig folgende Personen zu Beisitzerinnen und Beisitzern für die Kammer für Kriegsdienstverweigerung:

1. Clas, Gudrun, Bad Neuenahr-Ahrweiler
2. Czech, Silvia, Bad Breisig
3. Höhn, Erika, Bad Neuenahr-Ahrweiler
4. Dr. Hofmann, Roland, Bad Neuenahr-Ahrweiler
5. Ripoll, Christel, Brohl-Lützing
6. Schlegelmilch, Günter, Remagen
7. Stratmann, Udo, Dümpelfeld
8. Weber, Klemens, Remagen

11	Wahl eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes für die Verbandsversammlung des Sparkassen- und Giroverbandes Rheinland-Pfalz
----	--

Der Kreistag erklärte sich einstimmig mit einer offenen Wahl einverstanden und wählte sodann mit 38 Stimmen bei einer Enthaltung entsprechend dem Vorschlag des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Ahrweiler Herrn Karl-Heinz Sundheimer, Kempenich (CDU), zum Mitglied und Herrn Lorenz Denn, Remagen (SPD), zum stellvertretenden Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassen- und Giroverbandes Rheinland-Pfalz.

Sowohl Herr Sundheimer als auch Herr Denn nahmen die Wahl an.

12	Beantwortung von Anfragen nach § 18 der Geschäftsordnung
----	--

Die Vorsitzende wies die Mitglieder des Kreistages darauf hin, dass die seit der letzten Kreistagssitzung von Kreistagsmitglied Willi Tempel (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) eingegangenen fünf Anfragen nach § 18 der Geschäftsordnung bisher noch nicht beantwortet werden konnten.

13	Einwohnerfragestunde
----	----------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen der Verwaltung keine Anfragen vor.

Herr Bell (FWG) bat in Bezug auf seine in der Sitzung des Kreistages am 29.10.1999 vorgebrachte Bitte an die Strukturförderungsgesellschaft mbH Region Bonn/Rhein-

Sieg/Ahrweiler, die Ortsgemeinden Kempenich und Spessart bezüglich der Vermarktung des Gewerbegebietes zu unterstützen, um die Vorlage einer Antwort von Herrn Dr. Tengler als Geschäftsführer der Strukturförderungsgesellschaft mbH Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler.

Die Vorsitzende:

Ingrid Näkel-Surges
Erste Kreisbeigeordnete

Für die Mitglieder:

Michael Schneider (CDU)

Dirk Banze (SPD)

Wolfgang Schlagwein
(Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Graf Roderich von Spee (F.D.P.)

Johannes Bell (FWG)

Der Schriftführer:

Moeren
Oberamtsrat